

Protokoll

Über die nichtöffentliche Landtagssitzung vom 5.12.1934

Beginn vormittags 9 Uhr.

Abwesend der Abg. Dr. W. Beck

Reg. Vertreter Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer Gassner

Nach Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung, das genehmigt wurde, bringt der Abg. Batliner die Behandlung des Gesuches der Gemeinde Triesenberg um einen Beitrag zu den Anwaltskosten im Steuerfalle Armella zur Sprache und führt aus: Bei der konstituierenden Sitzung der Geschäftsprüfungskommission kamen wir mit dem Vorsteher der Gemeinde Triesenberg hievon zu sprechen. Derselbe habe betont, dass man ihnen in Aussicht gestellt habe, etwas zu bezahlen. Die Abweisung des Gesuches sei eine Ungerechtigkeit und wenn man ihnen schliesslich nur noch etwas gegeben hätte.

Vogt: Er hat gesagt, man habe es ihm direkt versprochen.

Reg. Chef: Wir können nur etwas versprechen, was wir auch halten können. Aber es ist immer so, wenn man die Leute nicht gleich hinauswirft. So sagen sie, man habe es ihnen versprochen. Der Vorsteher war auch bei mir und sagte, es sei die grösste Ungerechtigkeit, das sei wirklich nicht recht und hat einen Jammer angefangen, sie gehen zum Fürst und zum Thronfolger. Wir haben aber nichts versprochen und wenn wir es hätten, dann hätten wir auch bezahlt.

Vogt: Er hat begründet, dass die Regierung niemals es hätte aufgreifen können, weil sie pauschaliert hatte.

Büchel: Wenn wir ihnen etwas versprochen hätten, dann hätten wir es nicht mehr in den Landtag bringen müssen. Wir haben nichts versprechen können. Zuerst zieht man einen in der Zeitung herum in ganz abfälliger Art und nachher sollte man einstehen für sie. Man sollte nicht die Presse in einer so niederträchtigen Art und Weise benutzen. Wenn wir nicht pauschaliert hätten, wäre Armella fort, aber das geben sie uns nicht zu. Mit Recht können sie nichts fordern und wenn man etwas gibt, so schenkt man es.

Batliner: Der Vorsteher ist vorstellig geworden bei den Zeitungsschreibern und habe ihnen gesagt, sie tuen der Gemeinde keinen Dienst mit dieser Zeitungskritik. Der Vorsteher hat es ernst gemeint und ihn

trifft auch keine Schuld. Auf solche Zeitungsschreibereien kann man nicht kommen.

Hoop: Es ist schon weiter gekommen als nur Zeitungsschreiben. An allen öffentlichen Versammlungen in allen Gemeinden draussen sind die grössten Vorwürfe gemacht worden. Wenn man die Regierung in solcher Weise bei Versammlungen anrempelt, ist es nicht nötig, dass man nachher noch etwas zahlt.

Risch Ferdi: Es ist Pflicht eines Vorstehers, dass er das Möglichste tut und wenn dieser Fall in einer anderen Gemeinde passiert wäre, würde sich der Vorsther eben auch wehren müssen. Der Vorsteher hat gesagt, wenn je die Regierung etwas nicht recht gemacht habe, so sei es diesmal gewesen. Den Vorsteher müssen wir begreifen, er muss das Möglichste tun.

Büchel: Es ist nicht Sache der Regierung, den Triesenbergern etwas zu geben. Der Vorwurf richtet sich nicht an die rechte Adresse. Wir haben unsere Rolle gespielt so gut wir konnten. Wenn wir nicht verhandelt und abgeschlossen hätten, so hätte man überhaupt nicht mehr verhandeln können.

Risch Ferdi: Das Land hätte es nicht mehr aufgreifen können und es hat doch auch den Vorteil gehabt dadurch.

Präsident: Ich bin der Meinung, dass der Ausgang der Sache noch nicht klar war, wenn auch die Regierung gesagt hat, sie würden sich verweklaren. Man hat betont, dass in Form von Arbeitsbeschaffung etwas getan werden könnte. Unter diesem Titel, die Vertretungskosten zu bezahlen, sehe ich keine Möglichkeit.

Risch Bernhard: Durch die Gemeinde sind die Einnahmen gekommen und durch ihr Bemühen ist der Stein ins Rollen gekommen. Mir scheint, es ist eine grosse Zahl Abgeordneter hier, die der Meinung sind, dass es nicht ganz recht ist. Wenn man schon dieser Meinung ist, dann soll man etwas tun, wenn es recht und billig ist, man soll sich dann auch nicht genieren.

Elkuch: Es ist nicht ganz richtig, wenn behauptet wird, der Rekurs der Gemeinde sei Schuld an dem höheren Ertrage. Dieser hätte auch negativ ausfallen können. Die ganze Sache ist eine heikle Arbeit ge-

wesen. Sicher ist, dass die Landessteuerkommission und die Steuerverwaltung mehr geleistet hat als die Gemeinde Triesenberg. Dass sie so einen teuren Apparat verwendet haben ist so eine Sache, es wäre wohl auch mit ganz einfachen Mitteln gegangen. Es ist die Rechnung mehr nach der Summe als nach der Arbeit gestellt worden. Weil sich aber die Gemeinde so stark bemüht hat, könnte ich es verantworten, wenn man etwas gibt.

Präsident: Bis zuletzt ist alles schuld, dass es so gegangen ist und dann können wir die Summe unter diese verteilen, dann werden wir der Summe los.

Büchel: Wenn wir diese Rechnung zahlen, so subventionieren wir nach den Ausführungen Elkuchs und nach meiner privaten Auffassung einen Rekurs gegen die Handlungsweise der Regierung. Die Legate hätte man eben dich fassen können, da wir nur das Vermögen des Armella pauschal liert haben. Sie haben gegen einen Beschluss der Regierung rekuriert und das kann ich nicht befürworten. Sie haben wollen der Regierung eines ans Bein hauen.

Risch Ferdi: Der Präsident hat vorher gesagt, man könnte auch auf eine andere Art entgegenkommen, indem man Arbeit beschafft. Das wäre am Triesenberg sehr notwendig, wie wohl nirgends. Für heute würde ich mit der Beratung der Sache aufhören und bis das nächstemal kann vielleicht die Regierung sagen, was man dort für Arbeit machen könnte.

Batliner: Ich habe das aufgegriffen, weil uns der Vorsteher direkt ins Gesicht geschleudert hat, der Landtag habe etwas Ungerechtes gemacht. Man hört das nicht gern.

Büchel: Ich habe die Ansicht von Ferdi Risch. Aus diesem Titel kann nichts gegeben werden. Die Regierung kann nicht und der Landtag würde sich eine Blöße geben. In anderen Gemeinden hat man geschupfen, dass am Triesenberg soviel gebaut worden ist. Das muss denn doch auch anerkannt werden. Wenn man da doch einen Weg findet, so finde ich das für recht. Man soll den Berg berücksichtigen so gut man kann. Bisher kann dieser Vorwurf, man habe nichts getan, nicht gemacht werden.

Näscher: Das kommt mir kurios vor mit diesen Bergern. Eine Pflicht zur Bezahlung besteht nach meiner Meinung nicht. Dass man sich einschüchtern lassen soll, das verstehe ich nicht. Man sollte auch bei anderen Gemeinden untersuchen, ob es nicht notwendig sei. Wenn die Berger einmal kommen und etwas wollen, dann redet man darüber. Die welche das grösste Maul haben, werden immer berücksichtigt. Nachdem nach meiner Auffassung keine Pflicht zur Zahlung besteht, würde ich die Sache als erledigt erachten. Wenn wir darauf eingehen und etwas geben, dann kommen die Berger und sagen, wir wollen noch mehr. Ich würde ein für allemal Schluss machen. Wenn sie glauben ein Anrecht zu haben, so sollen sie noch einmal prozessieren mit dem Land und es wird herauskommen, ob sie einen Anspruch haben oder nicht.

Batliner: Nach meiner Auffassung lässt sich dieser Fall nicht aus der Welt schaffen mit Arbeitsbeschaffung. Die Zeitungsschreibereien hören wegen dem nicht auf. Dann heisst es nur, man habe dem Kind einen anderen Namen gegeben. Die Kritik ist immer noch da.

Präsident: nDieser Meinung bin ich auch, dass man es der Zeitung nie recht machen kann. Für uns handelt es sich darum, ob wir verpflichtet sind, hieran etwas zu tun oder nicht. Wenn keine Pflicht besteht, dann ist es eine Sache, die man freiwillig macht. Aus dem Titel von Recht und Pflicht ist meines Erachtens aus dieser Sache nichts zu holen. Et was anderes ist es, wenn man aus Billigkeitsgründen den Triesenberg mit der Arbeitsbeschaffung eher berücksichtigt.

Ospelt : Ich bin einverstanden, aber aus Billigkeitsgründen würde ich der Gemeinde etwas entgegenkommen. Von rechten Leuten ist die Auffassung vertreten, dass ein Entgegenkommen gerechtfertigt wäre. Ich finde den Standpunkt der Regierung in Ordnung, würde aber andererseits zufolge der schönen Einnahmen des Landes einen Beitrag an die Kosten leisten. Man könnte die Bedingung daran knüpfen, dass sie hierfür Arbeit beschaffen müssen.

Vogt: Ich würde auch empfehlen, etwas an diese Kosten zu geben.

Näscher: Was ich herausfinde aus der ganzen Debatte, ist nur das Gefühl massgebend. Jeder muss sich sagen, rechtlich haben sie keinen Anspruch. Ich kann nicht verstehen, dass man sich nur vom Gefühl soll leiten lassen. Wenn man eben nur einseitig aufgeklärt ist, dann glaube ich es, dass sie zu dieser Auffassung kommen. Ein Recht haben die

Berger nicht. Derjenige, der es am besten los hat zu jammern, der haut etwas heraus.

Hoop: Der Fall liegt ganz anders, wenn man in der Arbeitsbeschaffung etwas tut. Aber wenn man für den Rekurs gegen die Regierung noch etwas gibt, so ist das ein Unsinn.

Präsident: Einerseits ist da eine Anregung auf Revision des Beschlusses, andererseits sieht man auch eine Möglichkeit auf dem Wege der Arbeitsbeschaffung. Ich glaube, es ist das beste, man spricht mit der Gemeinde noch einmal in diesem Sinn. Heute würde ich eine Beschlussfassung über diese Sache tatsächlich nicht begrüßen. Mir scheint, dass da irgend etwas geht. Ich kann mir sonst nicht vorstellen, dass auf einmal ein Teil der Abgeordneten so weichherzig ist. Ich würde die Sache verschieben

Reg. Chef: Dessen bin ich sicher, wenn wir 1000 Fr. bezahlen, dann kommt in der Zeitung, jetzt geben sie zu und die grösste Schreierei geht los. Die Gemeindevertretung hätte Gelegenheit genug gehabt, in den vielen Schreiben den Ton anzuschlagen, dass sie den Standpunkt dieser Quertreiberei nicht decken und dass sie anerkennen, dass die Regierung korrekt gehandelt hat. Ich würde ebenfalls die Sache verschieben für heute.

Näscher: Ich möchte den Antrag stellen, die Sachen ad acta zu legen. Wir kommen an kein Ziel. Wenn man etwas gibt, dann kommen sie und sagen, es sei zu wenig, sie wollen noch mehr. Wir können dann noch einmal darüber disputieren und werden nicht fertig ~~MMMMM~~ mit den Beratern. Das ist gerade so, wenn man einen Jud hinauswirft, dann kommt er wieder zur Hintertür herein.

Der Bandtag ist für die Verschiebung der Angelegenheit,

Traktandum-Krisensteuer.

Reg. Chef: Ich habe den Abgeordneten eine Liste hinausgegeben mit den einzelnen Ansätzen. Bevor wir auf die einzelnen Ansätze eingehen, verlese ich mich ein Schreiben des Dr. Marxer, der die Ansätze für die höheren Einkommen als übersetzt betrachtet. Auch streift er die Lüftung des Steuergeheimnisses.

Büchel: Der Gedanke der Steueröffentlichkeit passt mir gut. Ich vermute, dass viele von den Freierwerbenden ihr Einkommen nicht versteu-

Wenn aber die Steuer öffentlich wäre, dann käme das nicht vor. Ich behalte mir vor, diesen Gedanken noch weiter zu verfolgen. Die, welche grosse Einkommen haben reissen aus und viele die wenig Einkommen versteuern, machen den Grossen. Es müssen Mittel und Wege gesucht werden dass hier Wandel geschaffen wird.

Präsident: Die Steueröffentlichkeit war immer mein Gedanke. Damals hegte ich Bedenken, wegen Kreditschädigung, heute aber glaube ich, dass es ohne Schädigung des Kredites geschehen könnte. Es wird auch heute vielhaft deklariert, um Kredit zu schinden. Allerdings sind die Ueberdeklarationen weniger zu fürchten als die Unterdeklarationen. Man könnte ja die Liste der Öffentlichkeit beim Steueramt in Vaduz zugänglich machen. Mir ist der Gedanke der Lüftung des Steuergeheimnisses sehr sympathisch.

Büchel: Wie es momentan ist, dass einer berechnete Interessen nachweisen muss zur Einsichtnahme, das ist nichts. Ich stelle mir nicht vor, dass in der öffentlichen Presse oder durch Anschlag die Steuern bekanntgegeben werden, Die Öffentlichkeit muss ein Wort mitsprechen können.

Batliner: In Oesterrich ist die Steuer auch öffentlich, wenn ich mich nicht irre. Es kann jeder Einsicht nehmen, doch darf er nicht Notizen machen. Es wird eben immer Schwindel getrieben. Prof. Landmann hat in seinen Vorträgen immer betont, wenn in der Schweiz einer 50% vom Vermögen ~~versteuert~~ versteuert, dann sei es ein Ehrenmann.

Reg. Chef: Ich stelle mir vor, dass ein Register geführt werden müsste, wieviel Steuern der einzelne bezahlt, also nicht die Steuerdeklaration sondern der effektive Steuerbetrag würde öffentlich.

Risch Ferdi: Ich muss mich wundern, wenn ein Anwalt diesen Antrag auf Lüftung des Steuergeheimnisses stellt. Früher waren diese immer dagegen. Es sind aber auch Ausländer bei uns, die sagen immer, man möchte nicht bekanntgeben, was sie Steuern bezahlen.

Büchel: Man könnte diese auch unter die Pauschalierten nehmen.

Präsident: Die Form wird sich leicht finden. Solche Gruppen, die nach auswärts gefährdet erscheinen, könnten geschützt werden, indem man sie mit den Pauschalierten zusammennimmt.

Reg. Chef: Ich würde den Antrag stellen, sich bei den schweizerischen Kantonen zu erkundigen und auch in Oesterreich und die Steuerver-

waltung zu vernehmlassen.

Der Landtag beauftragt sodann die Regierung, die Frage der Lüftung des Steuergeheimnisses zu studieren, was die ordentliche Vermögens- und Erwerbssteuer von im Lande wohnenden physischen Personen betrifft, die Angelegenheit zu prüfen und dem Landtage seinerzeit Vorschläge zu unterbreiten.

Reg. Chef: Wir haben bei der Krisensteuer eine ungeschickte Kompro-
misslösung im Auge zu haben. In der Schweiz wurde jedes Einkommen über Fr. 1800 ergriffen. Bei den Bundesangestellten kommt wieder ein Gehaltsabbau und dann zahlen sie überdies noch die Krisensteuer.

Ospelt: Ich glaube, diese Leistungen werden im Volke auch anerkannt.

Büchel: Wir wollen nicht nur die Beamten treffen, sondern auch die freien Berufe

Reg. Chef: Man hat auch schon folgendes erwogen. Der Abg. Batliner hat in der letzten Sitzung gemeint, bei den Beamten solle man einen Abbau vornehmen und die freien Berufe mit der Krisensteuer erfassen.

Risch Ferdi: Es kommt auf das gleiche heraus. Wenn man bekannt gibt, dass der und der soviel Krisensteuer bezahlt, dann glaube ich geht es.

Reg. Chef: Dann bekommen wir den Vorwurf, dass wir zu wenig nehmen.

Präsident: Dass ein gewisser Teil sich zur Wehr setzen wird, dessen bin ich mir bewusst. Es wird aber auch viel Einsichtsvolle geben, die diese Abgaben zu würdigen wissen.

Büchel: Man sollte vielleicht die Progression etwas erniedrigen.

Risch Bernh.: Ist darüber eine Volksabstimmung gedacht?

Präsident: Ich würde diesen Artikel dem Referendum unterwerfen. Das Budget als solches wird dringlich erklärt und dieser Artikel dem Referendum unterstellt.

Büchel: Man könnte aber vielleicht ~~2 1/2%~~ beim Erwerb von Fr. 2500-3000 nur $\frac{1}{2}\%$ ansetzen und bei 8% stehen bleiben.

Risch Bernh.: Die Einkommen sollen ~~erfasst~~ erfasst, hingegen soll das Vermögen niedriger besteuert werden.

Reg. Chef: Bei den Beamten wird man sagen, dass diese Abgaben zu klein sind und die freien Berufe werden sagen, dass es enorme Lasten sind, die ihnen auferlegt werden. Eine Trennung der Beamten von den Freiberwerbenden würde im Volke besser verstanden.

Brunhart:

Brunhart: Ich wäre dafür, dass man die Ansätze so lässt. Die, welche über 10,000 Fr. verdienen, sollen bezahlen. Bei mir wurde heute reklamiert, dass beim Lawenawerke höhere Löhne bezahlt werden als in der Schweiz. Landestechniker wird gerufen und um Auskunft gefragt.

Landestechniker klärt auf, dass sie diese Löhne angetroffen haben. Wenn wir abbauen, geht es über uns los. Ca. 20 % werden als Unkosten zum Lohn geschlagen und das ist nicht zuviel für Versicherung etc. Man muss auch bedenken, dass die Leute immer auswärts sind und das Essen mitnehmen ~~mitnehmen~~ oder kaufen müssen. In der Schweiz müsste ihnen das Mittagessen bezahlt werden. Es wird sich hier nicht viel machen lassen.

Präsident: Ich würde es sein lassen bis zur definitiven Regelung und bis die nötigen Unterlagen beigebracht sind, es sei denn, dass man glaubt, an das Lawenawerk einen Antrag stellen zu sollen. Gehen wir wieder zur Krisensteuer. Der Letzte Antrag war auf Beibehaltung der jetzigen Ansätze und Bekanngabe an die Öffentlichkeit, damit sich diese noch damit befassen kann. Die Ansätze der höheren Einkommen sind wohl etwas hoch und es wird mancher schauen, etwas zurückzugehen mit seiner Erklärung.

Reg. Chef: Derjenige, der heute ein grösseres Einkommen hat, ist zweifellos der besser Gestellte. Anlässlich der Beratung des Steuergeheimnisses erachte ich es für angebracht, dass man einzelne Fälle, die besonders eklatant sind, herausgreift und wir werden auf Fälle stoßen, die nicht richtig sind.

Mittagspause
Fortsetzung nachm. 2 Uhr.

Präsident: Wir sind stehen geblieben bei der Abstimmung über diese Vorlage.

Reg. Chef: Liesse sich das nicht in zwei Zeilen zeilen, wie Batliner es gemeint hat. Ich hätte nur gern gehabt, dass es aussehen würde wie ein Abbau. Wenn schon Dr. Schädler so propagandiert, sieht man wie die Öffentlichkeit denkt.

Risch Bernh.: Ich bin der Meinung, mit dieser Vorlage bringen wir keine Befriedigung ins Land. Mir grundsätzlich gefällt diese Vorlage nicht übel, aber eine Befriedigung werden wir nicht erzielen. Es wird heissen, sie grauen nicht dort anzupacken, wo es sein sollte. Ein Abbau natürlich nur soweit, als es berechtigt ist. Ich möchte mich nicht zu

stark einlassen in dieser Sache, da mir das letzte Jahr Vorwürfe gemacht worden sind, aber ich möchte nur darauf aufmerksam machen.

Präsident: Eine Befriedigung dürfte nur dann zu erzielen sein, wenn die Beamten alle gehen und ein jeder zum Abschluss noch ein paar Tausen gibt.

Risch Bernh.: Wir müssen nicht vergessen, dass die einen gar keine Arbeit haben und die anderen nicht viel..Ein bisschen Gerechtigkeit scheint am Platze zu sein, nur den einen mit vollen Händen hinschütten und den anderen nichts geben können, das muss bedenkt werden. Es wäre wie Dr. Vogt sagte, auch ein psychologischer Erfolg.

Elkuch: Man müsste die Sache zweiteilig machen.

Präsident: Wenn die Schweizer Beamten auf dem gleichen Gehaltsniveau stünden wie wir, dann würde dort auch nicht abgebaut. Die Schweizer haben viel grössere Gehalte, das muss objektiv entgegeng gehalten werden. Sicher ist, dass man dem Volke etwas Angenehmes schafft, wenn man ganz gründlich abbaut. So sehr man Rücksicht nimmt auf das Volk, so muss auch Rücksicht genommen werden auf eine Gruppe. Wenn so abgebaut werden wird, dann wird der Beamte keine Freude und keine Lust mehr haben und wird sich durch ein Hintertürchen zu helfen suchen.

Risch Ferdi: Ich würde es so wagen. Das ist nicht für ewig. Einzig, wenn man bei den hohen Gehalten etwas nachlassen will. Neid ist immer da, man muss sich auch nicht zu stark fürchten. Solche Zeiten sollte es nicht geben, dass sie wieder stehen müssen. Die Hauptsache ist richtige Beamte, die zur Sache schauen.

Reg. Chef: Also lassen wir den Karren so laufen.

Nüscher: Wenn wir immer horchen, was der und dieser sagt, dann kommen wir nicht zum Ziel.

Reg. Chef: Ich würde empfehlen, die Ansätze der in Beratung stehenden Krisensteuer zu veröffentlichen. Ein Auskneiffen ist allerdings möglich, wenn einery das Einkommen in physische oder juristische Person verteilt.. Da muss noch eine Möglichkeit gefunden werden, dass diese Schwindel ausgeschaltet wird. Er bemogelt das Land schon mit der gewöhnlichen Steuer, da er gewisse Abzüge hat. Ich stelle mir vor, dass die Erwerbsgesellschaften, die nur zur Umgehung der Steuer geschaffen werden, ebenfalls zur Leistung des Krisenopfers angehalten werden.

Ein anderer Fall ist es, wenn einer Vermögen und Erwerb hat und in beiden die abgabepflichtige Höhe nicht erreicht. Hier sollte etwas

gemacht werden.

Der Landtag einigt sich dann nach längerer Debatte, hier ausgleichend feste Ansätze festzulegen. Die Regierung soll bis zur nächsten Sitzung diese Steuerbeträge festlegen.

Der Landtag ist einstimmig der Ansicht, dass das Ergebnis aus dieser Krisensteuer zu 70 % ^{als Subventionen/} den Gemeinden im Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl ^{ausserordentlichen/} zur ^{Arbeitsbeschaffung} zugewiesen wird.

Im Schosse des Landtages wird auch der Gedanke aufgeworfen, das den Gemeinden zuzuweisende Betreffnis nach dem Verhältnis der ansässigen Bundesbürger aufzuteilen, doch wird dieser Vorschlag mehrheitlich nicht gebilligt.

2. Expropriationsrecht für Müsenerank in Eschen.

Präsident: In Eschen hat sich eine Schwierigkeit herausgestellt, indem ein Fehr die Bodenauslösung erschweren will. Gegebenenfalls würde ich beantragen, dass man auch für diesen Fall das Recht der Expropriation der Regierung zur Verfügung stellt. Es ist dies dringend geboten.

Der Landtag räumt sodann einstimmig der Regierung das Recht der Anwendung der Expropriation ein.

3. Fortsetzung des Kanals nach Triesen.

Präsident: Es ist neuerdings in Triesen das Strassenprojekt Triesenberg aufgegriffen worden. Ich habe immer noch die Meinung, wie ich sie früher schon hatte, dass dieses Strassenprojekt als eine Neu- anlage etwas undenkbares ist. Ich möchte aber dieses Projekt als solches noch einmal zur Diskussion stellen und der Landtag soll sich grundsätzlich zu dieser Idee aussprechen, nachdem die beiden Gemeinden Vaduz und Triesen anscheinend wegen der Fortführung des Kanals nicht einig werden.

Ospelt: Ich würde zuerst einen Kostenvoranschlag machen. Wenn diese sich als zu hoch erweisen, soll es fallen gelassen werden. Ich weiss nicht, welcher Verkehr dort herrscht.

Reg. Chef: Der Landtag hat den Kredit für den Kanal bewilligt und die beiden Gemeinden sollten unter sich eins werden. Wir haben von der Regierung aus mit der Gemeinde Vaduz verhandelt und werden am kommenden Freitag mit dem Gemeinderat weiter verhandeln. Eine friedliche Lösung sollte möglich sein. Vaduz kann sich nicht gut auf den

Standpunkt stellen, wir lassen das Wasser nicht hinunter. So kann man nicht wirtschaften in einem Staat. Hoffen wir, dass eine Einigung zustandekommt. Eine Schaffung von Arbeitsmöglichkeit in Triesen ist geboten.

Frommelt: Die Gemeinde wäre mehrheitlich für die Korrektur der Strasse. Von unten hinauf müsste eine neue Trace gewählt werden.

Reg. Chef: Es ist dies eine Sache, die ganz sicher nicht von heute auf Morgen geregelt werden kann.

Risch Ferdi: Ich weiss nicht recht, um was es sich handelt. Nachdem aber Vaduz Bedenken hat wegen der Abnahme des Wassers, so müssten wir das auch noch besprechen, da wir den Vaduzern wieder das Wasser abnehmen. Wenn Vaduz solch grosse Bedenken hegt, müssten auch wir noch uns die Sache überlegen.

Brunhart: Unter diesen Voraussetzungen hätte Vaduz eigentlich nichts zu riskieren.

Hoop regt die Förderung der Spiersbachregulierungsarbeiten an und ersucht um Aufschluss, da österreichischerseits behauptet werde, Liechtenstein mache das Geld hiezu nicht flüssig.

Präsident und Reg. Chef. klären über den Stand der Angelegenheit auf und glauben, dass die Sache demnächst in Verhandlungen mit der Regierung in Bregenz der Erledigung zugeführt werden könne. Es dürfte im Wege eines Kompromisses, indem beide Teile etwas geben müssen, geschehen können.

4. Ersetzung der ausl. Arbeitskräfte durch Einheimische.

Reg. Chef: Der Landtag hat sich das letztmal grundsätzlich dafür ausgesprochen, diesen Wechsel vorzunehmen, soweit es möglich ist und nicht zu grosse Härten bringt. Wir haben auch ein Mitgeteilt hinausgegeben. Wir meinen nicht so, dass radikal im Handumdrehen das Land von Ausländern gesäubert werden soll. Aber ganz ohne Härten wird es nicht abgehen. Ein gewisser Druck und eine gewisse Ueberzeugung, dass es notwendig ist, den Liechtensteinern Arbeitsmöglichkeiten zu erschliessen, wird man unseren Arbeitsgebern beibringen müssen. Jeder behauptet, sein Knecht sei unentbehrlich. Es fallen auch die Geldansprüche in die Wagschale. Es wird eine Uebergangszeit brauchen. Mir ist das Schreiben des Arbeitsamtes auch nicht ganz gelegen gekommen. Gerade so radikal war es nicht gemeint. Ich möchte doch noch

Ansicht geht dahin, dass man Rücksicht nehmen muss auf unsere arbeitslosen Arbeiter. Es sind jetzt zwei Möglichkeiten, wie man weiter vorgehen soll. Mir persönlich ist es lieber, wenn nicht zu streng vorgegangen werden muss. Ich lege gerne diese Arbeit nieder. Es sollte aber eine einheitliche Meinung bestehen und auch so gehandelt werden.

Reg. Chef: Der Ton macht bekanntlich die Musik. Wir stossen vielen Leuten vor den Kopf. Wenn das Arbeitsamt auch so radikal vorgeht, so müssen wir auch einen Ersatz haben.

Risch Ferdi: Wenn man so handelt, werden unsere Leute dann aber auch aus dem Ausland hergeschickt werden. Wie ~~MMH~~ macht man es, wenn unsere Leute im Frühjahr wieder ausreissen. Zum mindesten müssen die Leute angehört werden, bevor man so radikal vorgeht. Ich möchte nur die Stimmen wiedergeben, die in Schaan gefallen sind über diesen Vorgang.

Reg. Chef: Welcher Weg soll nun eingeschlagen werden. In Bern hat man mir die Auskunft gegeben, dass von 1935 an ^{wohl} überhaupt keine Saisonarbeiter mehr einreisen dürfen.

Büchel: Abgebaut muss werden, aber meine Meinung ist, wie ich schon das erstemal sagte, nicht zu radikal vorgehen. So schnell wie möglich, sollen die Ausländer durch Inländer ersetzt werden. Der Beschluss soll nicht umgestürzt werden.

Präsident: Dieser Passus "Nach Möglichkeit" ist eben ein dehnbarer Begriff und kann verschiedentlich aufgefasst werden.

Brunhart: Wenn das so ist, wie der Reg. Chef sagt, dann kann man das ganz human machen mit den Fremden.

Batliner: Ich liesse es beim alten Beschluss.

Elkuch: Ich würde nicht zu radikal verfahren.

Hoop: Die Plätze, die in Ruggell durch Ausländer besetzt sind, können alle durch Einheimische besetzt werden.

Ein förmlicher Beschluss kommt nicht mehr zustande.

Schluss der Sitzung um 6 Uhr.

.....

*W. W. W. W. W.
Georg Fick*

Chonich